**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/8224**
**14. Wahlperiode** 11. 02. 2002

# Gesetzentwurf

**der Bundesregierung**

## Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken im nachgeordneten Straßennetz

### A. Problem und Ziel

Bereits im Jahr 1993 bestand Regelungsbedarf hinsichtlich des Baus neuer und der Erhaltung bestehender Grenzbrücken. Vor allem aus praktischen Gründen sind Grenzbrücken unter einem einheitlichen Rechtsregime zu errichten. Dies erfordert eine völkerrechtliche Übereinkunft.

Das völkerrechtliche Rahmenabkommen soll die künftige Rechtsanpassung unter erleichterten Voraussetzungen ermöglichen. Es ist offen, ergänzungsfähig und beschränkt sich auf die Festlegung der Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken. Die in den Anlagen A und B genannten Grenzbrücken fallen bereits in seinen Anwendungsbereich. Die Aufnahme weiterer Projekte erfolgt durch Ergänzung der Anlagen A oder B mittels diplomatischen Notenwechsels.

### B. Lösung

Abschluss des völkerrechtlichen Rahmenabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vom 21. November 2000 über die Grenzbrücken im nachgeordneten Straßennetz, das gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes eines Vertragsgesetzes bedarf. Die im Vertragsgesetz vorgesehene innerstaatliche Umsetzung von diplomatischen Notenwechseln zur Ergänzung der Anlagen A und B des Abkommens durch Rechtsverordnung ermöglicht eine rasche Anpassung des nationalen Rechts.

### C. Alternativen

Keine

## D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

## E. Sonstige Kosten

Auswirkungen für die sozialen Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
**DER BUNDESKANZLER**

Berlin, den Februar 2002

Herrn
Wolfgang Thierse
Präsident des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken im nachgeordneten Straßennetz

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Der Bundesrat hat in seiner 772. Sitzung am 1. Februar 2002 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

**Entwurf**

# Gesetz zu dem Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken im nachgeordneten Straßennetz

**Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

Dem in Frankfurt (Oder) am 21. November 2000 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

### Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 19 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet deutsches Umsatzsteuerrecht Anwendung; für diese Umsätze wird keine polnische Waren- oder Dienstleistungssteuer erhoben. Auf die in Artikel 19 Abs. 2 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet polnisches Waren- und Dienstleistungssteuerrecht Anwendung; für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Auf Waren, die unter den in Artikel 19 Abs. 3 des Abkommens beschriebenen Umständen ein- und ausgeführt werden, werden keine Zölle und Abgaben erhoben.

(3) Für die in Artikel 19 Abs. 4 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit sie zum Bau und zur Erhaltung der Grenzbrücken verwendet werden. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(4) Die zum Bau und zur Erhaltung von Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Ein- und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(5) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsparteien verständigen sich und leisten einander die notwendigen Informationen und die Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Absätze 1 bis 4. Die Vertreter der Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und der Grenzbrücke aufzuhalten sowie dort Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(6) Die in Artikel 19 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 21. November 2000 anzuwenden.

**Artikel 3**

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Notenwechsel gemäß Artikel 25 Abs. 2 des Abkommens durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, in Kraft zu setzen.

**Artikel 4**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

## Begründung zum Vertragsgesetz

### I. Allgemeiner Teil

Durch dieses Gesetz werden die Regelungen des am 21. November 2000 unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen in nationales Recht umgesetzt. Nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes bedarf die Begründung der völkerrechtlichen Vertragsbindung im Hinblick auf das Abkommen eines Vertragsgesetzes, da sich das Abkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Ziel des Abkommens ist die Schaffung eines sich an den technischen Bedürfnissen orientierenden und den rechtlichen Vorgaben Rechnung tragenden Rechtsrahmens, der die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken an der deutsch-polnischen Grenze im Zuge von Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen regelt.

Das Gesetz gilt für eine Vielzahl von Grenzbrücken und auf unbestimmte Zeit. Die in den Anlagen A und B genannten Brücken fallen bereits in seinen Anwendungsbereich, weitere Grenzbrücken können ergänzt werden. Die Aufnahme weiterer Projekte geschieht durch Ergänzung der Anlagen A oder B mittels diplomatischen Notenwechsels. Dessen Umsetzung in nationales Recht erfolgt durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Das Gesetz schafft eine einheitliche Rahmenregelung für alle in den Anwendungsbereich des Abkommens fallenden Projekte, Vereinbarungen über die einzelnen Projekte, deren Planungs-, Bau-, Finanzierungs- und Erhaltungsmodalitäten werden durch Verwaltungsvereinbarungen der zuständigen Stellen vor Ort geschlossen und die Projekte auf diese Art und Weise durch die örtlich zuständigen Baulastträger gestaltet.

Das Gesetz schafft die Möglichkeit, die Brückenbauprojekte unter einem einheitlichen Rechtsregime abzuwickeln, das heißt den Bau und die Erhaltung ausschließlich deutschem oder ausschließlich polnischem Recht zu unterwerfen. Neben der Zulassung eines einheitlichen Rechtsregimes für den Bau und die Erhaltung der Grenzbrücken schaffen darüber hinaus die in den Artikeln 18, 19 und 22 getroffenen Erleichterungen im Bereich des Aufenthalts-, Steuer- und Zollrechts sowie der Arbeitsgenehmigungen erhebliche Vereinfachungen in technischer und praktischer Hinsicht für die Verwaltungen und Unternehmen bei der Projektrealisierung.

Bereits im Jahre 2001 kann auf Grund der Vorabanwendungsklausel des Artikels 27 Abs. 2 mit dem Bau von drei Grenzbrücken nach den Vorgaben des Abkommens begonnen werden. Die arbeitsrechtliche Sonderregelung des Artikels 22 für den Grenzbrückenbau bei Hagenwerder/Radmeritz (Radomierzyce) ermöglicht polnischen Arbeitnehmern, bei dem in deutscher Verantwortung durchzuführenden Brückenbau – unter bestimmten Voraussetzungen – arbeitsgenehmigungsfrei mitzuwirken.

### II. Besonderer Teil

#### Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

#### Zu Artikel 2

Absatz 1 Satz 1 stellt die ausschließliche Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts im gesamten Baustellen- bzw. Brückenbereich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen sicher, wenn die mit der Bauausführung betraute zuständige Stelle ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat. Absatz 1 Satz 2 stellt die ausschließliche Anwendung des

polnischen Waren- und Dienstleistungssteuerrechts im gesamten Baustellen- bzw. Brückenbereich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen sicher, wenn die mit der Bauausführung betraute zuständige Stelle ihren Sitz in der Republik Polen hat. Nach dem Abkommen erfolgen Bau und Erhaltung der Grenzbrücken – unter Beachtung des Grundsatzes der Parität – möglichst alternierend durch deutsche und polnische Stellen, mit der Folge, dass ein Gleichgewicht bei der Anwendung des jeweiligen Steuerrechts erreicht werden kann. Die Verankerung des Grundsatzes der Parität gewährleistet eine annähernd gleichmäßige Verteilung des Steueraufkommens auf die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen. Gleichzeitig werden durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung sowie die Instandhaltung und Erneuerung der Brücken erleichtert.

Absatz 2 sieht vor, dass auf Waren und Geräte, die für Arbeiten nach dem Abkommen genutzt werden und zu diesem Zweck vorübergehend in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt und spätestens nach Ablauf der bewilligten Verwendungsfrist wieder ausgeführt werden, keine Zölle und Abgaben erhoben werden.

Absatz 3 sieht vor, dass insbesondere auf die Erhebung von Einfuhrumsatzsteuer verzichtet wird, soweit die Waren zum Bau oder zur Erhaltung der Grenzbrücken verwendet werden. Es handelt sich hierbei lediglich um eine steuertechnische Vereinfachung im Rahmen örtlich beschränkter Einzelmaßnahmen, nicht um eine materielle Vergünstigung. Würde die Einfuhrumsatzsteuer erhoben, könnte sie von den ausführenden Unternehmen in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden. Einfuhren für die öffentlichen Bauverwaltungen (Endverbrauch) werden von der Regelung nicht erfasst.

Absatz 4 sieht vor, dass die zum Bau und zur Erhaltung der Grenzbrücken erforderlichen Waren bei ihrer Ein- und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen unterliegen. Diese Vorschrift erlaubt die vereinfachte Ein- und Ausfuhr derartiger Waren und dient damit der Verwaltungsvereinfachung bei dem Bau und der Erhaltung von Grenzbrücken.

Absatz 5 sieht vor, dass die zuständigen Steuer- und Zollverwaltungen einander die nötigen Informationen und darüber hinaus die erforderliche Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Absätze 1 bis 4 gewähren. Zugleich erlaubt er den Vertretern der zuständigen Behörden, sich auf der Baustelle und auf der Grenzbrücke aufzuhalten, um dort gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im Rahmen der Absätze 1 bis 4 durchzuführen, die nach ihren jeweiligen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Es soll durch diese Norm vor allem die Überprüfung des Vollzugs der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf der Grenzbrücke und auf der Baustelle ermöglicht werden.

Absatz 6 sieht vor, dass die steuerlichen Bestimmungen nach diesem Abkommen mit Wirkung vom 21. November 2000 anzuwenden sind. Um eine baldige Verbesserung der Verkehrsbeziehungen und eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücken zu ermöglichen, haben sich die beteiligten Staaten darauf verständigt, dass die Bestimmungen des Abkommens bereits ab dem Tag seiner Unterzeichnung und damit noch vor seinem Inkrafttreten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewandt werden. Zum reibungslosen Ablauf der Bauvorhaben ist erforderlich, dass die steuerlichen Bestimmungen bereits ab Baubeginn angewandt werden. Grundsätze der Rechtssicherheit oder des Vertrauensschutzes stehen dieser rückwirkenden Anwendung nicht entgegen.

**Zu Artikel 3**

Artikel 3 ermächtigt die Bundesregierung, die Notenwechsel gemäß Artikel 25 Abs. 2 des Abkommens zur Änderung der Anlagen A und B durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht umzusetzen. Die Ermächtigung ist auf einen konkreten Adressaten und ein genau bezeichnetes Regelungsobjekt beschränkt, so dass Inhalt und Ausmaß der Verordnungsermächtigung hinreichend präzise begrenzt sind. Durch die vorgesehene vereinfachte Änderung der Anlagen A und B des Abkommens mittels diplomatischen Notenwechsels zum Zweck der Anpassung des Abkommens an die jeweiligen konkreten Bedingungen wird das Erfordernis obsolet, bei jeder Änderung der Anlagen zeitaufwendig ein Regierungsabkommen zu schließen und ein Vertragsgesetz

zu beschließen. Stattdessen genügen ein Notenwechsel und dessen Umsetzung in nationales Recht durch Rechtsverordnung. Die Rechtsverordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates, da sie auf Grund eines Gesetzes ergeht, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf (Artikel 80 Abs. 2 Grundgesetz). Die Ermächtigung schafft die Voraussetzung für eine rasche, dynamische Anwendung der Rahmenregelungen des Abkommens. Diese Änderungsmöglichkeit der Anlagen ist eine den rechtlichen und praktischen Anforderungen Rechnung tragende Lösung für die Ausweitung des Anwendungsbereichs des Abkommens und seine innerstaatliche Umsetzung.

**Zu Artikel 4**

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach Artikel 27 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

**Schlussbemerkungen**

Das Rahmenabkommen hat keine Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes, der Länder und Kommunen. Es ermöglicht Ländern und Kommunen, Grenzbrücken im Zuge von öffentlichen Straßen, die in ihrer Baulast stehen, zu errichten, und erleichtert das Verwaltungshandeln vor Ort.

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

# Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen

# Umowa między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Polen –

in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

in dem Bestreben, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern,

mit dem Ziel, die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

## Abschnitt 1

## Gegenstand und Ziel des Abkommens

### Artikel 1

(1) Dieses Abkommen regelt die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen.

(2) Integraler Bestandteil dieses Abkommens sind die Anlage A, sie beinhaltet die zum Bau vorgesehenen Grenzbrücken, und die Anlage B über die Erhaltung der bestehenden Grenzbrücken.

### Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. Zu „den öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen“ gehören in der Bundesrepublik Deutschland Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie sonstige öffent-

Rząd Republiki Federalnej Niemiec

i

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej

– mając na uwadze postanowienia Traktatu z dnia 17 czerwca 1991 roku między Republiką Federalną Niemiec i Rzecząpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy,

– dążąc do ułatwienia ruchu drogowego między obydwoma Państwami i ruchu tranzytowego przez ich terytoria,

– w celu uregulowania zasad budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych

uzgodniły, co następuje:

## Rozdział I

## Przedmiot i cel Umowy

### Artykuł 1

1. Umowa niniejsza reguluje zasady budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych.

2. Integralną częścią niniejszej Umowy są Załącznik A określający przewidziane do budowy graniczne obiekty mostowe i Załącznik B dotyczący utrzymania istniejących granicznych obiektów mostowych.

### Artykuł 2

W rozumieniu niniejszej Umowy poniższe określenia mają następujące znaczenie:

1) „drogi publiczne poza siecią dróg federalnych“ w Republice Federalnej Niemiec oznaczają drogi krajów związkowych, powiatowe i gminne oraz inne drogi publiczne; „drogi publiczne

liche Wege; zu den „öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen“ gehören in der Republik Polen alle anderen öffentlichen Straßen, die keine Landesstraßen sind, das sind Woiwodschafts-, Kreis- und Gemeindestraßen.

2. „Den Grenzbrücken zugehörige Anlagen“ sind Böschungen an den Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrssicherungseinrichtungen im Bereich der Grenzbrücken.

3. Zur „Bauausführung“ gehören insbesondere die Vermessung, Planung sowie Entwurf, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Prüfung der Ausführungsunterlagen, der Bau, Bauüberwachung und die Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen.

4. Die „Erhaltung“ umfasst alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind, dazu gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der Grenzbrücken unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse der Grenzbrücke zu verändern sowie die Reinigung und der Winterdienst.

5. „Zuständige Stelle“ bedeutet in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien Behörden oder Verwaltungskörperschaften, denen die Verpflichtung zur Finanzierung, der Planung, des Baus und der Erhaltung der Straße im Zuge der Grenzbrücke obliegt.

## Abschnitt 2

## Bau von Grenzbrücken

### Artikel 3

Zum Zwecke des Zusammenschlusses von Straßen im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 werden die in der Anlage A genannten Grenzbrücken im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Republik Polen gebaut, wenn die Schaffung eines Grenzübergangs nach dem Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs oder die Schaffung einer Grenzübertrittsstelle nach dem Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Kleinen Grenzverkehr vorgesehen ist.

### Artikel 4

(1) Die Bauausführung für eine Grenzbrücke obliegt der zuständigen Stelle gemäß der Anlage A.

(2) Für den Bau einer Grenzbrücke schließen die zuständigen Stellen eine Vereinbarung, die das gesamte Bauprogramm, die Realisierung sowie die Art und Weise der Finanzierung regelt.

(3) Für den Bau von Grenzbrücken werden die bauausführenden Firmen verpflichtet, getrennte Abrechnungsunterlagen zu erstellen für:

1. Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei,

2. Brückenüberbauten einschließlich derjenigen Leistungen, die für das gesamte Bauwerk erbracht werden müssen, entsprechend der Brückenlänge, die sich auf dem Hoheitsgebiet des Staates jeder Vertragspartei befindet, gemessen längs der Brückenachse.

(4) Eine Grenzbrücke wird nach den bautechnischen Normen und Vorschriften geplant, ausgeführt und abgenommen, die für die Vertragspartei gelten, der nach Anlage A die Bauausführung obliegt. Für einzelne Bauteile können die jeweils zuständigen

poza siecią dróg krajowych“ w Rzeczypospolitej Polskiej oznaczają wszystkie inne drogi publiczne, nie będące drogami krajowymi, to jest drogi wojewódzkie, powiatowe i gminne;

2) „urządzenia należące do granicznego obiektu mostowego“ oznaczają skarpy nasypów, umocnienia brzegów, dojazdy oraz urządzenia odwodnienia i oświetlenia a także urządzenia bezpieczeństwa ruchu w rejonie granicznych obiektów mostowych;

3) „realizacja budowy“ obejmuje w szczególności pomiary, planowanie oraz projektowanie, postępowanie przetargowe, udzielenie zlecenia, kontrolę dokumentacji wykonawczej, budowę, nadzór budowy i sprawdzenie rozliczenia prac kontraktowych;

4) „utrzymanie“ oznacza wszystkie prace remontowe i porządkowe niezbędne do zachowania we właściwym stanie technicznym granicznych obiektów mostowych wraz z należącymi do nich urządzeniami poprzez ich naprawę i odnowę z zachowaniem nośności, bez zmiany istotnych wymiarów i ich statyki oraz obejmuje czyszczenie i zimowe utrzymanie;

5) „właściwy podmiot“ oznacza zgodnie z prawem krajowym Umawiających się Stron organy administracji rządowej, samorządu terytorialnego lub zrzeszenia samorządowe ponoszące koszty planowania, budowy i utrzymania drogi, w ciągu której znajduje się graniczny obiekt mostowy;

## Rozdział II

## Budowa granicznych obiektów mostowych

### Artykuł 3

W celu połączenia dróg w rozumieniu artykułu 2 punkt 1 będą budowane graniczne obiekty mostowe na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, wymienione w Załączniku A do niniejszej Umowy, jeżeli w miejscach tych przewiduje się utworzenie przejścia granicznego zgodnie z Umową między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przejściach granicznych i rodzajach ruchu granicznego, sporządzonej w Bonn dnia 6 listopada 1992 roku lub zgodnie z Umową między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o małym ruchu granicznym, sporządzonej w Bonn dnia 6 listopada 1992 roku.

### Artykuł 4

1. Budowa granicznego obiektu mostowego jest obowiązkiem właściwego podmiotu zgodnie z Załącznikiem A.

2. Właściwe podmioty zawierają porozumienie w celu budowy granicznego obiektu mostowego, które reguluje kompleksowy program budowy, realizację jak również rodzaj i sposób finansowania.

3. Wykonawcy realizujący budowę granicznych objektów mostowych są zobowiązani do sporządzenia oddzielnych dokumentów rozliczeniowych z tytułu wykonania:

1) przyczółków i filarów na terytorium Państwa każdej Umawiającej się Strony,

2) górnych elementów mostowych łącznie z tym pracami, które muszą być wykonane dla całego obiektu budowlanego odpowiednio do długości obiektu mostowego, która znajduje się na terytorium Państwa każdej Umawiającej się Strony, mierzonej wzdłuż osi mostu.

4. Graniczny obiekt mostowy będzie projektowany, wykonany i odebrany zgodnie z normami i przepisami techniczno-budowlanymi obowiązującymi w Państwie tej Umawiającej się Strony, która zgodnie z Załącznikiem A do niniejszej Umowy

Stellen die Anwendung der für die andere Vertragspartei geltenden bautechnischen Normen und Vorschriften vereinbaren.

(5) Die Tragfähigkeit der Grenzbrücke wird nach den für die andere Vertragspartei geltenden bautechnischen Normen und Vorschriften durch Vergleichsrechnung geprüft; die Texte der zur Anwendung kommenden bautechnischen Normen und Vorschriften werden jeweils durch die zuständigen Stellen rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

(6) Auf die Vereinbarungen nach Absatz 2 findet jeweils das Recht derjenigen Vertragspartei Anwendung, der nach Anlage A der Bau einer Grenzbrücke obliegt.

**Artikel 5**

Die jeweils zuständige Stelle sichert in angemessener Zeit auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates die für den Bau der Grenzbrücke erforderlichen Grundstücke.

**Artikel 6**

(1) Die Abnahme der Bauarbeiten wird von den jeweils zuständigen Stellen beider Vertragsparteien in Anwesenheit der Auftragnehmer vorgenommen; für Grenzbrücken, die durch die deutsche Seite ausgeführt wurden, gemäß dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten deutschen Recht, für Grenzbrücken, die durch die polnische Seite ausgeführt wurden, gemäß dem bei der Realisierung von Bauobjekten angewendeten polnischen Recht.

(2) Die nach diesem Abkommen gebauten Grenzbrücken werden von der bauausführenden Seite erhalten.

**Artikel 7**

(1) Die jeweils zuständigen Stellen treffen eine Kostentragungsregelung in einer Vereinbarung; bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer oder die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese anfallende Steuer wird allein von der den Bau der Grenzbrücke ausführenden zuständigen Stelle getragen.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen und Entwürfe der Grenzbrücke werden der jeweils zuständigen Stelle der anderen Vertragspartei kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere geodätische Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

**Artikel 8**

(1) Für den Bau einer Grenzbrücke wird jeweils eine deutsch-polnische Projektgruppe gebildet, die sich aus einer deutschen und einer polnischen Arbeitsgruppe zusammensetzt, deren Leiter und weitere Mitglieder die Vertragsparteien jeweils benennen. Der Leiter einer Arbeitsgruppe kann die Projektgruppe durch Ersuchen an den Leiter der anderen Arbeitsgruppe zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Projektgruppe hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den zuständigen Stellen Vorschläge zu unterbreiten, insbesondere zu:

1. Konstruktion und den Abmessungen der Grenzbrücke,
2. Festlegung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
3. Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,
4. Zahlungen und Zahlungsbedingungen,
5. Grundsätzen für die Abnahme der Bauleistungen,
6. Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke.

zobowiązana jest do realizacji budowy. Dla pojedynczych elementów konstrukcyjnych właściwe podmioty mogą uzgodnić zastosowanie norm i przepisów techniczno-budowlanych obowiązujących drugą Umawiającą się Stronę.

5. Nośność granicznego obiektu mostowego zostanie sprawdzona według obowiązujących norm i przepisów techniczno-budowlanych drugiej Umawiającej się Strony poprzez przeprowadzenie obliczenia porównawczego; teksty tych norm i przepisów techniczno-budowlanych właściwe podmioty udostępnią sobie wzajemnie w odpowiednim czasie.

6. Do porozumień zgodnie z ustępem 2 stosuje się prawo tej Umawiającej się Strony, która według Załącznika A zobowiązana jest do budowy granicznego obiektu mostowego.

**Artykuł 5**

Właściwy podmiot zapewni na terytorium swojego Państwa w odpowiednim czasie niezbędne tereny pod budowę granicznego obiektu mostowego.

**Artykuł 6**

1. Odbiór robót budowlanych jest dokonywany przez właściwe podmioty obydwu Umawiających się Stron w obecności wykonawców; dla granicznych obiektów mostowych zrealizowanych przez Stronę niemiecką według prawa niemieckiego stosowanego przy publicznych kontraktach budowlanych, a dla granicznych obiektów mostowych zrealizowanych przez Stronę polską według polskiego prawa stosowanego przy realizacji obiektów budowlanych.

2. Graniczne objekty mostowe wybudowane na podstawie niniejszej Umowy będą utrzymywane przez Stronę, która je wybudowała.

**Artykuł 7**

1. Ustalenie podziału kosztów następuje w drodze wzajemnego porozumienia właściwych podmiotów; przy ich podziale nie uwzględnia się niemieckiego podatku obrotowego lub polskiego podatku od towarów i usług zawartego w kosztach. Należny podatek ponosi tylko właściwy podmiot realizujący budowę granicznego obiektu mostowego.

2. Istniejąca dokumentacja planistyczna i projektowa granicznego obiektu mostowego, a w szczególności dokumentacja geodezyjna oraz dotycząca badań gruntu zostanie udostępniona bezpłatnie właściwemu podmiotowi drugiej Umawiającej się Strony.

**Artykuł 8**

1. Do spraw budowy każdego granicznego obiektu mostowego zostanie utworzona niemiecko-polska Grupa Projektowa, złożona z niemieckiej i polskiej grupy roboczej, których przewodniczących i członków powołuje każda z Umawiających się Stron. Przewodniczący każdej grupy roboczej może zwołać pod swym przewodnictwem posiedzenie Grupy Projektowej, występując z wnioskiem do przewodniczącego drugiej grupy roboczej. Posiedzenie takie musi się odbyć najpóźniej w ciągu jednego miesiąca od wpłynięcia wniosku o jego zwołanie.

2. Zadaniem Grupy Projektowej jest wyjaśnianie podstawowych zagadnień związanych z budową granicznego obiektu mostowego i przedstawianie właściwym podmiotom propozycji, w szczególności dotyczących:

1) konstrukcji i wymiarów granicznego obiektu mostowego,
2) ustalenia zakresu wspólnych robót,
3) sprawdzenia projektu budowlanego i propozycji zlecenia prac,
4) płatności i warunków płatności,
5) zasad odbioru prac budowlanych,
6) przekazania i odbioru granicznego obiektu mostowego.

(3) Die zuständigen Stellen sind verpflichtet, den Arbeitsgruppen die notwendigen Unterlagen vorzulegen, um die Beschlüsse der Projektgruppe vorzubereiten.

(4) Jede Arbeitsgruppe kann zu den Sitzungen der Projektgruppe Experten einladen.

(5) Die Projektgruppe fasst ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

3. Właściwe podmioty są zobowiązane do przedłożenia grupom roboczym dokumentów, niezbędnych do przygotowania decyzji Grupy Projektowej.

4. Każda grupa robocza może zapraszać ekspertów na posiedzenia Grupy Projektowej.

5. Grupa Projektowa podejmuje decyzje we wzajemnym porozumieniu.

**Artikel 9**

Die Errichtung von Grenzabfertigungsanlagen und der damit zusammenhängende Bau funktionsfähiger Einrichtungen an den Straßengrenzübergängen wird von den Vertragsparteien auf der Grundlage des am 29. Juli 1992 unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung gesondert geregelt.

**Artykuł 9**

Wykonanie obiektów odprawy granicznej i budowa związanych z nimi funkcjonalnych urządzeń na drogowych przejściach granicznych zostanie uregulowana odrębnie przez Umawiające się Strony na podstawie postanowień Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o ułatwieniach w odprawie granicznej, sporządzonej w Warszawie dnia 29 lipca 1992 roku.

## Abschnitt 3

## Erhaltung von Grenzbrücken

**Artikel 10**

(1) Gegenstand dieses Abschnitts ist die Erhaltung der Grenzbrücken sowie der zugehörigen Anlagen im Zuge von Straßen im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 in einem standsicheren, verkehrssicheren und mangelfreien Zustand.

(2) Die Erhaltung bestehender Grenzbrücken obliegt der zuständigen Stelle gemäß der Anlage B. Die Erhaltung der nach diesem Abkommen gemäß Anlage A gebauten Grenzbrücken obliegt der bauausführenden Seite.

(3) Zu erhalten sind insbesondere die Tragwerk-Konstruktionen, die Fahrbahnen sowie die Geh- und Radwege auf den Grenzbrücken, Widerlager, Pfeiler, Brückengeländer, Fahrbahnübergänge, Lager, Besichtigungseinrichtungen, Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen, Verkehrszeichen, Verkehrssicherungsanlagen sowie die Absturzsicherungen auf den Grenzbrücken und die Sicherungseinrichtungen gegen Eisgang.

**Artikel 11**

(1) Die in Artikel 2 Nummer 4 genannten Tätigkeiten bezüglich der Grenzbrücken werden nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei durchgeführt, deren zuständiger Stelle die Erhaltung der jeweiligen Grenzbrücke obliegt.

(2) Die Erhaltung der den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen obliegt der zuständigen Stelle der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich diese Anlagen befinden; sie wird nach den bei ihr geltenden Vorschriften durchgeführt.

(3) Die Erhaltungsarbeiten auf den Grenzbrücken und an den zugehörigen Anlagen werden so ausgeführt, dass sie den Schiffsverkehr auf den Flüssen und den Verkehr auf den Grenzbrücken und deren Zufahrten so wenig wie möglich behindern. Es werden entsprechende Bedingungen für den Hochwasser- und Eisabfluss unter den Grenzbrücken gewährleistet.

(4) Die Entscheidung über die Notwendigkeit der Einrichtung einer neuen oder der Veränderung einer bestehenden Dauerbeleuchtung einer Grenzbrücke, die Kostentragung und die Art und Weise der Installation wird in einer gesonderten Vereinbarung zwischen den zuständigen Stellen getroffen.

(5) Die zuständige Stelle, der die Erhaltung einer Grenzbrücke mit Holzkonstruktion obliegt, stellt sicher, dass dort geeignete Brandschutzgeräte und Brandschutzanlagen vorhanden sind.

## Rozdział III

## Utrzymanie granicznych objektów mostowych

**Artykuł 10**

1. Przedmiotem niniejszego rozdziału jest utrzymanie granicznych obiektów mostowych zlokalizowanych w ciągu dróg w rozumieniu artykułu 2 punkt 1 oraz należących do nich urządzeń w stanie stateczności, bezpieczeństwa ruchu i wolnym od usterek.

2. Utrzymanie istniejących objektów mostowych jest obowiązkiem właściwego podmiotu zgodnie z Załącznikiem B. Utrzymanie granicznych objektów mostowych wybudowanych zgodnie z Załącznikiem A niniejszej umowy jest obowiązkiem Strony, która je wybudowała.

3. Utrzymaniu podlegają w szczególności: konstrukcje nośne, jezdnie oraz drogi piesze i rowerowe na granicznych obiektach mostowych, przyczółki, filary, balustrady, urządzenia dylatacyjne, łożyska, urządzenia rewizyjne, urządzenia odwadniające i oświetleniowe, znaki drogowe, urządzenia zabezpieczające ruch oraz bariery na granicznych obiektach mostowych i urządzenia ochronne przed spływem lodu.

**Artykuł 11**

1. Czynności określone w artykule 2 punkt 4 dotyczące granicznych obiektów mostowych wykonuje się zgodnie z przepisami prawa krajowego tej Umawiającej się Strony, której właściwy podmiot jest zobowiązany do utrzymania danego granicznego obiektu mostowego.

2. Utrzymanie urządzeń należących do granicznych obiektów mostowych jest obowiązkiem właściwego podmiotu tej Umawiającej się Strony, na której terytorium państwowym te urządzenia się znajdują; prowadzone ono będzie na podstawie obowiązujących go przepisów.

3. Prace w ramach utrzymania na granicznych obiektach mostowych i należących do nich urządzeniach będą tak wykonywane, aby w możliwie najmniejszym stopniu utrudniały żeglugę na rzekach oraz ruch na granicznych obiektach mostowych i dojazdach do nich. Zapewnione będą odpowiednie warunki do odprowadzania fali powodziowej i spływającego lodu pod granicznymi obiektami mostowymi.

4. Decyzja o konieczności budowy nowego stałego oświetlenia granicznego obiektu mostowego lub zmian w istniejącym, ponoszenie kosztów oraz rodzaj i sposób instalacji będzie podejmowana przez właściwe podmioty w odrębnym porozumieniu.

5. Właściwy podmiot, do którego obowiązków należy utrzymanie granicznego obiektu mostowego z konstrukcjami drewnianymi, zapewni na nim odpowiedni sprzęt oraz urządzenia ochrony przeciwpożarowej.

### Artikel 12

Die zuständige Stelle, die für eine Grenzbrücke erhaltungspflichtig und damit für die Verkehrssicherungspflicht im gesamten Brückenbereich verantwortlich ist, stellt die jeweils betroffene zuständige Stelle der anderen Vertragspartei von Ansprüchen Dritter frei.

### Artikel 13

Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens tauschen die jeweils zuständigen Stellen die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen über die Grenzbrücken und zugehörigen Anlagen, die bisher von ihnen erhalten wurden, aus. Dazu gehören insbesondere Bestandspläne, statische Berechnungen, Tragfähigkeitsberechnungen, Vereinbarungen und Verträge mit anderen Stellen, Prüfprotokolle sowie Bauwerksbücher.

### Artikel 14

(1) Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig über die Absicht der Durchführung von Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen, spätestens drei Monate vor Beginn der Arbeiten, sofern eine Einschränkung oder eine vorübergehende Einstellung des Straßenverkehrs unvermeidbar ist.

(2) Sofern die in Absatz 1 genannten Arbeiten den Straßenverkehr nicht beeinträchtigen, informieren sich die zuständigen Stellen spätestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten.

(3) Jede Vertragspartei gewährleistet, dass ihre Grenz- und Zollbehörden über die Vorbereitung und den Beginn der Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen unverzüglich informiert werden.

### Artikel 15

Sämtliche Kosten für die Erhaltung von Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen tragen die zuständigen Stellen, denen die Erhaltung obliegt.

### Artikel 16

(1) Im Abstand von jeweils fünf Jahren führen die Vertreter der zuständigen Stellen an jeder Grenzbrücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Zustandskontrollen durch.

(2) Außer diesen gemeinsamen Zustandskontrollen führen die Vertreter der zuständigen Stellen an den von ihnen zu erhaltenden Grenzbrücken getrennte Kontrollen gemäß der im eigenen Staat geltenden Vorschriften durch. Die zuständigen Stellen übergeben die Ergebnisse der getrennten Kontrollen zwei Wochen vor den vereinbarten gemeinsamen Zustandskontrollen der Grenzbrücken.

(3) Die zuständige Stelle, die für die Grenzbrücke erhaltungspflichtig ist, veranlasst die gemeinsame Zustandskontrolle, fertigt eine Niederschrift an und übergibt diese unverzüglich der zuständigen Stelle der anderen Vertragspartei.

(4) Aus besonderen Anlässen, zum Beispiel bei ungewöhnlichem Hochwasser, Eisgang, Schiffsstoß oder in anderen begründeten Fällen, müssen ebenfalls gemeinsame Zustandskontrollen durchgeführt werden. Zur Vorbereitung und zur Durchführung solcher Zustandskontrollen ist die zuständige Stelle verpflichtet, der die Erhaltungspflicht für die jeweilige Grenzbrücke obliegt.

### Artikel 17

Sollten die Haupttragwerksteile einer Grenzbrücke (Hauptträger, Pfeiler, Widerlager, Gründung) ersetzt werden oder soll eine Grenzbrücke umgebaut werden (zum Beispiel Verbreiterung, Verstärkung zur Wiederherstellung oder Erhöhung der projektierten Tragfähigkeit), ist es notwendig, eine gesonderte Vereinbarung zu schließen.

### Artykuł 12

Właściwy podmiot odpowiadający za utrzymanie granicznego obiektu mostowego i związane z tym bezpieczeństwo ruchu drogowego na całym granicznym obiekcie mostowym, zwalnia właściwy podmiot drugiej Umawiającej się Strony od roszczeń osób trzecich.

### Artykuł 13

W ciągu trzech miesięcy po wejściu niniejszej Umowy w życie właściwe podmioty przekażą sobie znajdującą się w ich posiadaniu dokumentację granicznych objektów mostowych i należących do nich urządzeń, które dotychczas były przez nie utrzymywane. Należą do niej zwłaszcza plany stanu istniejącego, obliczenia statyczne, obliczenia nośności, porozumienia i umowy z innymi jednostkami, protokoły z kontroli oraz książki obiektów mostowych.

### Artykuł 14

1. Umawiające się Strony będą się wzajemnie informować o zamiarze przeprowadzenia robót w ramach utrzymania na granicznych obiektach mostowych i należących do nich urządzeniach nie później niż trzy miesiące przed rozpoczęciem robót, o ile nie można uniknąć ograniczenia albo przejściowego wstrzymania ruchu drogowego.

2. O ile roboty wymienione w ustępie 1 nie spowodują utrudnień w ruchu drogowym, właściwe podmioty poinformują się nie później niż dwa tygodnie przed rozpoczęciem robót.

3. Każda z Umawiających się Stron zapewni, by jej organy graniczne i celne były niezwłocznie informowane o przygotowaniu i rozpoczęciu robót związanych z utrzymaniem granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń.

### Artykuł 15

Wszystkie koszty utrzymania granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń ponoszą właściwe podmioty zobowiązane do ich utrzymania.

### Artykuł 16

1. Co pięć lat przedstawiciele właściwych podmiotów przeprowadzają wspólne przeglądy stanu technicznego każdego granicznego obiektu mostowego i należących do niego urządzeń.

2. Poza wspólnymi przeglądami stanu technicznego, przedstawiciele właściwych podmiotów przeprowadzają oddzielne przeglądy utrzymywanych przez siebie granicznych obiektów mostowych zgodnie z prawem krajowym. Właściwe podmioty przekażą sobie wyniki oddzielnych przeglądów na dwa tygodnie przed uzgodnionymi wspólnymi przeglądami stanu technicznego granicznych obiektów mostowych.

3. Właściwy podmiot, który utrzymuje graniczny obiekt mostowy, zarządza wspólny przegląd stanu technicznego, sporządza z niego protokół i przekazuje go niezwłocznie właściwemu podmiotowi drugiej Umawiającej się Strony.

4. Wspólne przeglądy stanu technicznego muszą być przeprowadzone również w szczególnych przypadkach, na przykład z powodu wyjątkowo wysokiego stanu wody, spływu lodu, uderzenia statku lub w innych uzasadnionych przypadkach. Do przygotowania i przeprowadzenia takich przeglądów zobowiązany jest właściwy podmiot, który ma obowiązek utrzymania granicznego obiektu mostowego.

### Artykuł 17

W przypadku, gdy powinny być wymienione główne części nośne granicznego obiektu mostowego (dźwigary główne, filary, przyczółki, posadowienie), lub gdy graniczny obiekt mostowy powinien być przebudowany (np. poszerzony lub wzmocniony w celu przywrócenia nośności projektowej lub jej podwyższenia), konieczne jest zawarcie odrębnego porozumienia.

## Abschnitt 4
## Allgemeine Bestimmungen

### Artikel 18

(1) Die beim Bau, der Erhaltung und der Kontrolle der Grenzbrücken beteiligten Angehörigen der Staaten beider Vertragsparteien wie auch alle anderen an den vorgenannten Tätigkeiten beteiligten Personen, die weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in der Republik Polen noch in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und von den Vertragsparteien anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze berechtigt. Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, wenn sie die nach dem Recht der Vertragsparteien erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die beim Bau einer Grenzbrücke beschäftigten Personen unterliegen den deutschen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn der deutschen Seite die Bauausführung obliegt; sie unterliegen den polnischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn der polnischen Seite die Bauausführung obliegt. Das gilt unabhängig davon, ob die Arbeiten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder im Hoheitsgebiet der Republik Polen ausgeführt werden. Personen, welche die Erhaltung von Grenzbrücken planen und durchführen und die damit zusammenhängenden Kontrollen ausüben, benötigen keine Arbeitsgenehmigung des anderen Staates, den sie nach Absatz 1 berechtigt betreten dürfen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrages in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücken werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

### Artikel 19

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau oder der Erhaltung der Grenzbrücken bewirkt werden, ist das deutsche Umsatzsteuerrecht anzuwenden, wenn die mit der Bauausführung oder der Erhaltung betraute zuständige Stelle ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat. Für diese Umsätze wird keine polnische Waren- und Dienstleistungssteuer erhoben.

(2) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau oder der Erhaltung der Grenzbrücken bewirkt werden, ist das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht anzuwenden, wenn die mit der Bauausführung oder der Erhaltung betraute zuständige Stelle ihren Sitz in der Republik Polen hat. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(3) Geräte, Werkzeuge, Anlagen, Fahrzeuge und Transportmittel, die für Arbeiten im Rahmen dieses Abkommens genutzt werden, können aus dem Hoheitsgebiet der zur Arbeitsausführung verpflichteten Vertragspartei vorübergehend unter dem Vorbehalt in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, dass sie nach bestimmungsgemäßer Verwendung, spätestens bei Ablauf der bewilligten Verwendungsfrist, wieder

## Rozdział IV
## Postanowienia ogólne

### Artykuł 18

1. Obywatele Państw obu Umawiających się Stron zatrudnieni przy budowie, utrzymaniu i kontroli granicznych obiektów mostowych jak również wszystkie inne osoby uczestniczące w wymienionych czynnościach, które nie podlegają obowiązkowi posiadania wizy w Republice Federalnej Niemiec i w Rzeczypospolitej Polskiej ani w żadnym z państw członkowskich Unii Europejskiej, przy wykonywaniu zadań zgodnie z niniejszą Umową mogą przekraczać granicę państwową w rejonie granicznych obiektów mostowych i placów budowy, oraz przebywać bez zezwolenia na pobyt na części granicznych obiektów mostowych i placach budowy, które znajdują się na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony, jeśli posiadają przy sobie ważny i uznany przez Umawiające się Strony dokument uprawniający do przekraczania granicy państwowej. W celu wykonania wyżej wymienionych zadań obywatele innych państw mogą przekraczać granicę państwową w rejonie granicznych obiektów mostowych i placów budowy oraz przebywać na części granicznych obiektów mostowych i placach budowy, które znajdują się na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony, jeśli posiadają przy sobie dokumenty i zezwolenia wymagane zgodnie z prawem Umawiających się Stron.

2. Osoby zatrudnione na budowie granicznego obiektu mostowego podlegają niemieckim przepisom prawnym o udzielaniu zezwoleń na pracę zagranicznym pracownikom, jeśli wykonanie budowy jest obowiązkiem Strony niemieckiej; podlegają oni polskim przepisom prawnym o udzielaniu zezwoleń na pracę zagranicznym pracownikom, jeśli wykonanie budowy jest obowiązkiem Strony polskiej. Stosuje się to niezależnie od tego, czy roboty są wykonywane na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, czy na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej. Osoby, które planują i realizują utrzymanie granicznych obiektów mostowych oraz wykonują związane z tym kontrole, nie muszą mieć zezwoleń na pracę drugiego Państwa, na terytorium którego mogą wkroczyć zgodnie z ustępem 1.

3. Umawiające się Strony zobowiązują się do przyjmowania bez formalności w każdym czasie osób, które znalazły się na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony w oparciu o niniejszą Umowę i naruszyły postanowienia niniejszej Umowy lub przebywają tam bezprawnie.

4. Szczegółowe zagadnienia dotyczące zapewnienia bezpieczeństwa publicznego i porządku w rejonie granicznych obiektów mostowych zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe organy graniczne i właściwe lokalne organy policyjne we wzajemnym porozumieniu.

### Artykuł 19

1. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z budową albo utrzymaniem granicznych obiektów mostowych, stosuje się niemieckie prawo dotyczące podatku obrotowego, jeśli właściwy podmiot realizujący budowę albo utrzymanie ma siedzibę w Republice Federalnej Niemiec. Od obrotów tych nie będzie pobierany polski podatek od towarów i usług.

2. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z budową albo utrzymaniem granicznych obiektów mostowych, stosuje się polskie przepisy o podatku od towarów i usług, jeśli właściwy podmiot realizujący budowę albo utrzymanie ma swoją siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej. Od obrotów tych nie będzie pobierany niemiecki podatek obrotowy.

3. Sprzęt, narzędzia, urządzenia, pojazdy i środki transportu używane do robót w ramach niniejszej Umowy mogą być przywiezione czasowo z terytorium Państwa Umawiającej się Strony zobowiązanej do wykonania robót na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony z zastrzeżeniem, że zostaną one wywiezione po właściwym wykorzystaniu, najpóźniej w terminie, na jaki dokonano odprawy celnej czasowej. Towary przywiezio-

auszuführen sind. Die unter diesen Bedingungen eingeführten Waren sind im Rahmen der Vorschriften der anderen Vertragspartei zoll- und abgabenfrei.

(4) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau und zur Erhaltung der Grenzbrücken verwendet werden. Dies gilt in den Fällen des Artikels 4 von Baubeginn an. Die Bestimmungen des Satzes 1 gelten nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(5) Die zum Bau und zur Erhaltung von Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(6) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsparteien verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 5. Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Baustellen und auf den Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(7) Unberührt bleiben das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das Protokoll vom 24. Oktober 1979 zu diesem Abkommen.

**Artikel 20**

Unter Beachtung des nationalen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

ne na tych warunkach w ramach przepisów drugiej Umawiającej się Strony są wolne od cła i opłat.

4. Za towary wwożone z terytorium Państwa jednej Umawiającej się Strony na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane opłaty związane z przywozem z wyjątkiem cła, jeśli towary te będą wykorzystywane do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych. Postanowienie powyższe stosuje się do przypadków określonych w artykule 4 od czasu rozpoczęcia budowy. Postanowienia zdania 1 nie stosuje się przy wwozie towarów dla publicznych administracji budowlanych.

5. Towary potrzebne do budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym zakazom i ograniczeniom.

6. Właściwe organy podatkowe i celne Umawiających się Stron będą się porozumiewać i przekazywać wzajemnie niezbędne informacje oraz udzielać pomocy przy stosowaniu obowiązujących ich przepisów prawnych i administracyjnych zgodnie z postanowieniami ustępów od 1 do 5. Przedstawiciele tych organów uprawnieni są do przebywania na placach budowy oraz granicznych obiektach mostowych i podejmowania tam działań w ramach postanowień ustępów od 1 do 5, które są określone w ich przepisach prawnych i administracyjnych.

7. Niniejsza Umowa nie narusza postanowień Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzecząpospolitą Ludową w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodów i majątku podpisanej w Warszawie dnia 18 grudnia 1972 roku oraz Protokółu do tej Umowy podpisanego w Warszawie dnia 24 października 1979 roku.

**Artykuł 20**

Przekazywanie i wykorzystywanie danych osobowych, zwanych dalej danymi, w ramach niniejszej Umowy będzie się odbywało zgodnie z następującymi postanowieniami przy uwzględnieniu prawa krajowego każdej z Umawiających się Stron:

1) Podmiot otrzymujący, na wniosek podmiotu przekazującego drugiej Umawiającej się Strony, informuje go o wykorzystaniu przekazanych danych i osiągniętych w rezultacie tego wynikach.
2) Wykorzystywanie danych przez otrzymującego dozwolone jest tylko dla celów określonych w niniejszej Umowie i na warunkach podanych przez podmiot przekazujący. Ponadto ich wykorzystanie dozwolone jest dla zapobiegania poważnym przestępstwom i dla ich ścigania oraz w celu ochrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego.
3) Podmiot przekazujący ma obowiązek zwracać uwagę na prawidłowość przekazywanych danych oraz konieczność i zakres ich przekazania odpowiednio do ustalonego celu. Należy przy tym uwzględniać obowiązujące zakazy udostępniania danych obowiązujące w prawie krajowym. Nie przekazuje się danych, gdy przekazujący podmiot ma podstawy przypuszczać, że byłoby to sprzeczne z celem prawa krajowego lub naruszyłoby to chronione interesy zainteresowanych osób. Jeśli się okaże, że zostały przekazane niewłaściwe dane lub dane, których nie wolno przekazywać, należy o tym niezwłocznie poinformować odbiorcę. Jest on zobowiązany poprawić je lub zniszczyć.
4) Na wniosek zainteresowanej osoby należy ją poinformować o posiadanych danych, które jej dotyczą oraz o przewidywanym celu ich wykorzystania. Można odmówić udzielenia takiej informacji, jeśli interes państwowy związany z nieudzieleniem informacji przeważa nad interesem wnioskodawcy. Poza tym prawo zainteresowanej osoby do otrzymania informacji zgodne jest z prawem krajowym Umawiających się Stron, na których terenie państwowym informacja jest wnioskowana.

5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssten. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

**Artikel 21**

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemischte Kommission gebildet, der als ständiger Einrichtung insbesondere die Aufgabe obliegt, die Anwendung des Grundsatzes der Parität jeweils für den Bau der Grenzbrücken und die Erhaltung der Grenzbrücken sowie die Einhaltung der Bestimmungen dieses Abkommens sicherzustellen. Sie unterbreitet hierfür den Vertragsparteien Vorschläge.

(2) Die Gemischte Kommission besteht aus einer deutschen und einer polnischen Arbeitsgruppe, deren Leiter und weitere Mitglieder die Vertragsparteien nach Unterzeichnung des Abkommens benennen. Zu den Mitgliedern jeder Arbeitsgruppe soll ein Vertreter des für Verkehr zuständigen Ministeriums und des Grenzschutzes der Vertragsparteien gehören. Leiter der Arbeitsgruppe sind jeweils die Vertreter des für Verkehr zuständigen Ministeriums der Vertragsparteien.

(3) Der Leiter einer Arbeitsgruppe kann die Gemischte Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Arbeitsgruppe zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(4) Bei der Anwendung des Grundsatzes der Parität soll so weit wie möglich berücksichtigt werden, dass das Verhältnis der von jeder Vertragspartei jeweils zu bauenden und zu erhaltenden Grenzbrücken dem Verhältnis der diesbezüglichen Brückenflächen auf den jeweiligen Hoheitsgebieten entsprechen soll.

(5) Jede Arbeitsgruppe in der Gemischten Kommission kann sich von der zuständigen Stelle der anderen Vertragspartei die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um Vorschläge der Gemischten Kommission vorzubereiten.

(6) Jede Arbeitsgruppe kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Experten einladen.

(7) Die Gemischte Kommission fasst ihre Vorschläge in gegenseitigem Einvernehmen.

**Abschnitt 5**

**Schlussbestimmungen**

**Artikel 22**

(1) Abweichend vom Artikel 18 Absatz 2 können polnische Arbeitnehmer zum Grenzbrückenbau Hagenwerder/Radmeritz (Radomierzyce), der in Verantwortung der deutschen Seite durchgeführt wird, arbeitsgenehmigungsfrei zugelassen werden. Die Beschäftigung der polnischen Arbeitnehmer setzt voraus, dass das Landesarbeitsamt Sachsen die Arbeitsgenehmigungsfreiheit vor der Arbeitsaufnahme schriftlich bestätigt. Dazu sind dem Landesarbeitsamt Sachsen die erforderlichen Angaben über das Unternehmen, das den Auftrag von der zuständigen Stelle erhalten soll, die einzusetzenden Mitarbeiter sowie den Zeitraum des Einsatzes auf der Baustelle zu übermitteln.

(2) Im Übrigen finden die einschlägigen Rechtsvorschriften Anwendung, zum Beispiel die Regelungen des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienst-

5) Podmiot przekazujący przy przekazywaniu danych podaje przewidziane w prawie krajowym terminy ich przechowywania, po upływie których muszą one być zniszczone. Niezależnie od tych terminów należy zniszczyć przekazane dane, gdy nie są one już potrzebne do celu, dla którego zostały przekazane.

6) Podmiot przekazujący i otrzymujący zapewniają właściwe przekazywanie i przyjmowanie danych.

7) Podmiot przekazujący i otrzymujący mają obowiązek chronić skutecznie przekazane dane przed nieuprawnionym dostępem do nich, nieuprawnioną ich zmianą i nieuprawnionym ich ogłoszeniem.

**Artykuł 21**

1.Tworzy się niemiecko-polską Komisję Mieszaną, która jest stałym organem odpowiedzialnym za zapewnienie stosowania zasady parytetu przy budowie granicznych obiektów mostowych i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych i przestrzeganie postanowień niniejszej Umowy. Przedstawia ona Umawiającym się Stronom propozycje w tym zakresie.

2. Komisja Mieszana składa się z niemieckiej i polskiej grupy roboczej, których przewodniczących i członków wyznaczają Umawiające się Strony po podpisaniu Umowy. Wśród członków każdej grupy roboczej powinien być przedstawiciel ministerstwa właściwego do spraw transportu oraz Straży Granicznej Umawiających się Stron. Przewodniczącymi grup roboczych będą przedstawiciele ministerstw właściwych do spraw transportu Umawiających się Stron.

3. Przewodniczący każdej grupy roboczej może zwołać posiedzenie Komisji Mieszanej pod swym przewodnictwem występując z wnioskiem do Przewodniczącego drugiej grupy roboczej. Posiedzenie musi się odbyć najpóźniej w ciągu miesiąca po otrzymaniu tego wniosku.

4. Przy stosowaniu zasady parytetu należy uwzględniać w miarę możliwości, by stosunek budowanych i utrzymywanych granicznych obiektów mostowych przez każdą z Umawiających się Stron odpowiadał stosunkowi powierzchni obiektów mostowych na terytorium każdego Państwa.

5. Każda grupa robocza w Komisji Mieszanej może wnieść o przedstawienie dokumentów przez właściwy podmiot drugiej Umawiającej się Strony, które uważa za niezbędne w celu przygotowania propozycji Komisji Mieszanej.

6. Każda grupa robocza może zapraszać ekspertów na posiedzenia Komisji Mieszanej.

7. Komisja Mieszana przyjmuje propozycje we wzajemnym porozumieniu.

**Rozdział V**

**Postanowienia końcowe**

**Artykuł 22**

1. W odstępstwie od artykułu 18 ustęp 2 Umowy, polscy pracownicy mogą być dopuszczeni bez zezwoleń na pracę do budowy granicznego obiektu mostowego pomiędzy Hagenwerder i Radomierzycami, za którego budowę odpowiada Strona niemiecka. Zatrudnienie polskich pracowników uwarunkowane jest uzyskaniem przed rozpoczęciem robót pisemnego potwierdzenia z Krajowego Urzędu Pracy Saksonii o zwolnieniu od obowiązku uzyskania zezwoleń na pracę. W tym celu należy przekazać Krajowemu Urzędowi Pracy Saksonii wymagane dane o przedsiębiorstwie, które ma otrzymać zlecenie od właściwego podmiotu, o przewidywanych do zatrudnienia pracownikach oraz okresie zatrudnienia na budowie.

2. Ponadto stosuje się odpowiednie przepisy prawne, na przykład postanowienia ustawy o wymaganych warunkach pracy w odniesieniu do usług transgranicznych zgodnie z nie-

leistungen gemäß deutschem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 26. Februar 1996 in seiner jeweiligen Fassung. Dabei muss das Unternehmen unter anderem die Arbeitsaufnahme dem Landesarbeitsamt Sachsen anzeigen.

**Artikel 23**

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens werden auch dann angewandt, wenn eine der in den Anlagen A oder B genannten Grenzbrücken entweder in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge einer Bundesfernstraße oder in der Republik Polen im Zuge einer Landesstraße geführt wird.

(2) Absatz 1 gilt auch dann, wenn aufgrund rechtsbeständiger Umstufung der Straße eine der in den Anlagen A oder B genannten Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge einer Bundesfernstraße und in der Republik Polen im Zuge einer Landesstraße geführt wird, sofern vorher eine Vereinbarung geschlossen worden ist.

**Artikel 24**

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege gelöst.

**Artikel 25**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Änderungen und Ergänzungen der Anlagen zu diesem Abkommen werden im Wege eines diplomatischen Notenwechsels durchgeführt.

**Artikel 26**

Die Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrswesen der Volksrepublik Polen über die Unterhaltung der Grenzstraßenbrücken an der deutsch-polnischen Staatsgrenze, ausgefertigt in Berlin am 17. Januar 1958, werden ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens auf die in den Anlagen genannten Grenzbrücken nicht mehr angewandt.

**Artikel 27**

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Zum Zwecke einer frühestmöglichen Inbetriebnahme der Grenzbrücken sowie einer Verbesserung des Erhaltungszustands der Grenzbrücken werden die Bestimmungen dieses Abkommens bereits ab dem Tag seiner Unterzeichnung und damit noch vor seinem Inkrafttreten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts angewandt.

Geschehen zu Frankfurt (Oder) am 21. November 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

miecką ustawą o pracownikach wysłanych z dnia 26. 2. 1996 r. w obowiązującym brzmieniu. Przedsiębiorstwo musi między innymi zgłosić Krajowemu Urzędowi Pracy Saksonii rozpoczęcie robót.

**Artykuł 23**

1. Postanowienia niniejszej Umowy będą stosowane także wówczas, gdy jeden z granicznych obiektów mostowych wymienionych w Załączniku A lub B znajduje się w Republice Federalnej Niemiec w ciągu drogi federalnej albo w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu drogi krajowej.

2. Postanowienia ustępu 1 stosuje się także wówczas, gdy ze względu na prawne przekwalifikowanie drogi jeden z granicznych obiektów mostowych wymienionych w Załączniku A lub B znajduje się w Republice Federalnej Niemiec w ciągu drogi federalnej i w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu drogi krajowej, o ile uprzednio zostało zawarte porozumienie.

**Artykuł 24**

Spory dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą rozstrzygane na drodze dyplomatycznej.

**Artykuł 25**

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony.

2. Zmiany i uzupełnienia załączników do niniejszej Umowy będą dokonywane na drodze wymiany not dyplomatycznych.

**Artykuł 26**

Od dnia wejścia w życie niniejszej Umowy, do granicznych obiektów mostowych wymienionych w załącznikach do niniejszej Umowy, nie będzie się stosowało postanowień Porozumienia między Ministerstwem Komunikacji Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Ministerstwem Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w sprawie utrzymania granicznych mostów drogowych na niemiecko-polskiej granicy państwowej sporządzonego w Berlinie, dnia 17 stycznia 1958 roku.

**Artykuł 27**

1. Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie 30 dni od dnia, w którym Umawiające się Strony poinformują się w drodze wymiany not o spełnieniu krajowych wymogów dotyczących jej wejścia w życie. Decyduje dzień otrzymania ostatniej noty.

2. W celu jak najszybszego otwarcia granicznych obiektów mostowych oraz poprawy stanu utrzymania granicznych obiektów mostowych postanowienia niniejszej Umowy będą stosowane od dnia jej podpisania przed jej wejściem w życie, o ile jest to zgodne z prawem wewnętrznym Umawiających się Stron.

Sporządzono we Frankfurcie nad Odrą dnia 21 listopada 2000 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Z upoważnienia Rządu Republiki Federalnej Niemiec
Broudré-Gröger

Für die Regierung der Republik Polen
Z upoważnienia Rządu Rzeczypospolitej Polskiej
Grzelakowski

# Anlage A
# zum Abkommen
# zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
# und der Regierung der Republik Polen
# über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
# in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen
# außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
# in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
# außerhalb des Netzes der Landesstraßen

# Załącznik A
# do Umowy
# między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
# a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
# o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
# w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu
# dróg publicznych poza siecią dróg federalnych,
# w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg
# publicznych poza siecią dróg krajowych

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, ist diese Anlage Bestandteil des genannten Abkommens. Sie hat folgenden Inhalt:

1. Der deutschen Seite obliegt die Bauausführung folgender Grenzbrücken:

   a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Hagenwerder und Radmeritz (Radomierzyce) bei Stromkilometer 167+230,

   b) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Görlitz und Zgorzelec bei Stromkilometer 151+670,

   c) Grenzbrücke über den Torfkanal zwischen Garz und Swinemünde (Swinoujscie).

2. Der polnischen Seite obliegt die Bauausführung folgender Grenzbrücken:

   a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Forst und Skaren (Zasieki) bei Stromkilometer 47+500,

   b) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Krauschwitz und Lugnitz (Leknica) bei Stromkilometer 81+970,

   c) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Deschka und Penzig (Piensk) bei Stromkilometer 134+930.

Zgodnie z artykułem 1 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych, niniejszy załącznik stanowi część składową wymienionej Umowy. Ma on następującą treść:

1. Strona niemiecka ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:

   a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 167+230, pomiędzy Hagenwerder i Radomierzycami,

   b) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 151+670, pomiędzy Goerlitz i Zgorzelcem,

   c) graniczny obiekt mostowy na cieku Kanał torfowy pomiędzy Garz i Świnoujściem.

2. Strona polska ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:

   a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 47+500, pomiędzy Forst i Zasiekami,

   b) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 81+970; pomiędzy Krauschwitz i Łęknicą,

   c) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 134+930, pomiędzy Deschka i Pieńskiem.

## Anlage B
## zum Abkommen
## zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
## und der Regierung der Republik Polen
## über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
## in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen
## außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
## in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
## außerhalb des Netzes der Landesstraßen

## Załącznik B
## do Umowy
## między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
## a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
## o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
## w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu
## dróg publicznych poza siecią dróg federalnych,
## w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, ist diese Anlage Bestandteil des genannten Abkommens. Sie hat folgenden Inhalt:

1. Der deutschen Seite obliegt die Erhaltung folgender Grenzbrücken:

   a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Podrosche und Priebus (Przewoz) bei Stromkilometer 100 + 850.

2. Der polnischen Seite obliegt die Erhaltung folgender Grenzbrücken:

   a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Ostritz und Grunau (Krzewina Zgorzelecka) bei Stromkilometer 176 + 090.

Zgodnie z artykułem 1 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych, niniejszy załącznik stanowi część składową wymienionej Umowy. Ma on następującą treść:

1. Strona niemiecka ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:

   a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 100+850, pomiędzy Podrosche i Przewozem,

2. Strona polska ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:

   a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 176+090, pomiędzy Ostritz i Krzewiną Zgorzelecką.

## Denkschrift zum Abkommen

### I. Allgemeiner Teil

Am 21. November 2000 ist das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, nach langjährigen, zeitweise unterbrochenen Vertragsverhandlungen unterzeichnet worden. Bereits im Jahr 1993 bestand Regelungsbedarf hinsichtlich des Baus neuer und der Erhaltung bestehender Grenzbrücken (44, einschließlich Brückenreste). Durch dieses für eine unbestimmte Vielzahl von Grenzbrücken geltende Abkommen wird sowohl die grenzüberschreitende Völkerverständigung als auch die grenzüberschreitende freundschaftliche Zusammenarbeit erleichtert, der grenzüberschreitende Austausch von Wirtschaftsgütern gefördert.

### II. Besonderer Teil

Das Abkommen ist in fünf Abschnitte gegliedert: In Abschnitt 1 werden Gegenstand und Ziel des Abkommens definiert, Abschnitt 2 umfasst die Regelungen über den Bau von Grenzbrücken, Abschnitt 3 enthält Regelungen über die Erhaltung von Grenzbrücken, Abschnitt 4 beinhaltet die allgemeinen Bestimmungen und Abschnitt 5 die Schlussbestimmungen.

#### Abschnitt 1

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Abkommens: Rahmenregelungen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen. Zudem werden die Anlagen A und B als Bestandteile des Abkommens definiert.

Artikel 2 enthält Begriffsbestimmungen.

#### Abschnitt 2

Artikel 3 bestimmt, dass die in der Anlage A genannten Brücken zum Zwecke des Zusammenschlusses von Straßen gebaut werden, wenn

1. die Schaffung eines Grenzübergangs nach dem Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs oder
2. die Schaffung einer Grenzübertrittsstelle nach dem Abkommen derselben Parteien vom 6. November 1992 über den Kleinen Grenzverkehr vorgesehen ist.

Artikel 4 weist die Ausführung der für den Bau der Grenzbrücken notwendigen Arbeiten der in der Anlage A genannten Stelle zu. Er bestimmt ferner, dass die örtlich zuständigen Stellen eine Vereinbarung schließen, die Regelungen über das Bauprogramm, die Realisierung der Brücke sowie die Art und Weise der Finanzierung des jeweiligen Bückenbauprojektes enthält. Für Planung, Ausführung sowie Abnahme eines Brückenbauwerkes gelten die Bestimmungen der jeweils für den Bau zuständigen Stelle. Desgleichen unterliegen die von den örtlich zuständigen Stellen abzuschließenden Vereinbarungen über das jeweilige Brückenbauprojekt dem Recht der Vertragspartei, der der Bau obliegt.

Artikel 5 verpflichtet die jeweils zuständigen örtlichen Stellen, rechtzeitig den Grunderwerb auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates zu sichern.

Artikel 6 sieht die Abnahme der Bauwerke durch die jeweils zuständigen Stellen der Vertragsparteien vor. Zudem werden die nach dem Abkommen gebauten Grenzbrücken von der jeweils zuständigen bauausführenden Seite erhalten.

Artikel 7 verpflichtet die zuständigen Stellen zum Abschluss einer Vereinbarung über die Kosten und schreibt vor, dass vorhandene Unterlagen für Planungen und Entwürfe der Grenzbrücke der jeweils für den Bau ausführenden Stelle kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer oder die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese anfallende Steuer wird allein von der den Bau der Grenzbrücke ausführenden zuständigen Stelle getragen.

Artikel 8 sieht die Bildung einer deutsch-polnischen Projektgruppe für einzelne Brückenbauprojekte vor, deren Aufgabe es ist, grundsätzliche Fragen zu klären und Vorschläge z. B. zur Konstruktion und Bemessung einer Grenzbrücke zu unterbreiten.

Artikel 9 stellt klar, dass die Errichtung von Grenzabfertigungsanlagen und der damit zusammenhängende Bau funktionsfähiger Einrichtungen an den Straßengrenzübergängen nicht diesem Abkommen unterfällt, sondern auf der Grundlage des am 29. Juli 1992 unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung erfolgt.

#### Abschnitt 3

Artikel 10 beschreibt den Gegenstand dieses Abschnitts: Erhaltung der in der Anlage B genannten Grenzbrücken in einem standsicheren, verkehrssicheren und mangelfreien Zustand.

Artikel 11 bestimmt, dass die nach diesem Abkommen notwendigen Erhaltungsarbeiten an einer Grenzbrücke und den zugehörigen Anlagen nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei durchgeführt werden, deren zuständiger Stelle die Erhaltung der Brücke obliegt.

Artikel 12 sieht vor, dass die für die Erhaltung und damit auch für die Verkehrssicherungspflicht zuständige Stelle die jeweils betroffene zuständige Stelle der anderen Vertragspartei, die keinen Einfluss auf den Zustand der Brücke hat, von Ansprüchen Dritter freistellt.

Artikel 13 legt die Pflicht der jeweils zuständigen Stellen fest, binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen

über die Grenzbrücken und die dazugehörigen Anlagen auszutauschen.

Artikel 14 regelt das gegenseitige Unterrichtungsverfahren vor Durchführung von Erhaltungsmaßnahmen.

Artikel 15 bestimmt, dass die für die Erhaltung zuständige Stelle die Kosten der Erhaltung trägt.

Artikel 16 schreibt vor, dass im Abstand von fünf Jahren gemeinsame Zustandskontrollen durchzuführen sind. Bei besonderen Anlässen müssen darüber hinaus Zustandskontrollen vorgenommen werden.

Artikel 17 sieht vor, dass für die Ersetzung der Haupttragwerksteile sowie für den Umbau einer Grenzbrücke eine gesonderte Vereinbarung zu schließen ist.

**Abschnitt 4**

Artikel 18 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau bzw. der Erhaltung von Grenzbrücken Beschäftigten der Vertragsstaaten sowie die sonst beteiligten Staatsangehörigen, die in keinem Mitgliedstaat der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen und darüber hinaus die beteiligten Staatsangehörigen anderer Staaten die deutsch-polnische Staatsgrenze überschreiten und sich auf der Baustelle aufhalten dürfen. Die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen an ausländische Arbeitnehmer richtet sich nach den nationalen Vorschriften, denen die bauausführende zuständige Stelle unterliegt.

Artikel 19 beruht auf dem Gedanken und der praktischen Erfahrung, dass es am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaates, namentlich das Recht, dem die planende und bauausführende Stelle unterliegt, im gesamten Grenzbrückenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt. Durch Artikel 19 wird ferner gewährleistet, dass zum Zwecke der Errichtung der Bauwerke und der Erhaltung der Grenzbrücken ein weitgehend ungehinderter Warenverkehr stattfinden kann.

Artikel 20 enthält detaillierte Regelungen zum Datenschutz. Er stellt sicher, dass der Datenschutz unter Beachtung der nationalen Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern auf Grund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 21 sieht die Bildung einer deutsch-polnischen Gemischten Kommission vor, deren Aufgabe insbesondere die Sicherstellung der Beachtung des Grundsatzes der Parität bei dem Bau und der Erhaltung der Grenzbrücken sowie der einschlägigen Vorschriften ist.

**Abschnitt 5**

Artikel 22 enthält eine auf polnischen Wunsch aufgenommene arbeitsrechtliche Sonderregelung für den in deutscher Verantwortung auszuführenden Grenzbrückenbau Hagenwerder/Radmeritz (Radomierzyce).

Artikel 23 erweitert den Anwendungsbereich des Gesetzes in zweierlei Hinsicht: Zum einen gelten die Bestimmungen des Abkommens auch, wenn eine der in den Anlagen genannten Grenzbrücken entweder in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge einer Bundesfernstraße oder in der Republik Polen im Zuge einer Landesstraße geführt wird; zum anderen gelangen sie auch zur Anwendung, wenn auf Grund rechtsbeständiger Umstufung die Straße nunmehr in einer der genannten Klassen geführt wird, vor der Aufstufung aber bereits eine Vereinbarung der örtlich zuständigen Stellen geschlossen wurde.

Artikel 24 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 25 regelt die Geltungsdauer des Abkommens und legt fest, dass Änderungen und Ergänzungen der Anlagen dieses Abkommens durch diplomatischen Notenwechsel erfolgen.

Artikel 26 bestimmt den Zeitpunkt der Unanwendbarkeit der Bestimmungen des Abkommens zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrswesen der Volksrepublik Polen über die Unterhaltung von Grenzbrücken an der deutsch-polnischen Staatsgrenze vom 17. Januar 1958 für Grenzbrücken, die diesem Abkommen unterliegen.

Artikel 27 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens fest. Zum Zwecke der frühestmöglichen Anwendbarkeit dieses Abkommens wurde eine Vorabanwendungsklausel aufgenommen.

Anlage A enthält die – derzeit – nach diesem Abkommen zu errichtenden, Anlage B die – derzeit – nach diesem Abkommen zu erhaltenden Grenzbrücken und legt die jeweils ausführende Seite fest.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333